

Michael Krumbe führt Verwaltungsrat an

Kommunales Center für Arbeit (KCA): Jahresbudget von rund 166 Millionen Euro

Main-Kinzig-Kreis (re). Der Verwaltungsrat des Kommunalen Centers für Arbeit (KCA) hat in seiner konstituierenden Sitzung den langjährigen Verwaltungsbeamten Michael Krumbe als Vorstand bestellt. „Als ehemalige Führungskraft im Kreissozialamt und Prokurist der Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung (AQÄ) hat er sich für diese Tätigkeit hervorragend qualifiziert“, sagt Landrat Erich Pipa in einer Pressemitteilung.

Schon seit 1973 steht Michael Krumbe in den Diensten des Main-Kinzig-Kreises. In den vergangenen Jahren war er maßgeblich an der Umsetzung der modernen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beteiligt. Zuletzt hat er in verantwortlicher Position die Konzeption und Gründung der neuen „Anstalt öffentlichen Rechts“ erfolgreich umgesetzt. Somit verfüge er nicht nur über die notwendigen Fachkenntnisse, sondern habe darüber hinaus mit Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Kreativität überzeugt, heißt es in der Begründung.

„Wir haben mit dieser Entscheidung den Grundstein für eine erfolgreiche Fortsetzung unserer bisherigen Aktivitäten gelegt“, meint Pipa. Gemeinsam mit seiner Führungsmann-



Führungsquartett des KCA (v.l.): Werner Müller, Landrat Erich Pipa, Vorstand Michael Krumbe und Erster Kreisbeigeordneter Günter Frenz. (Foto: re)

schaft habe Krumbe in den vergangenen Monaten großartige Arbeit geleistet und mit dem pünktlichen Start des KCA zum Jahreswechsel ein perfektes Resultat abgeliefert.

Der Verwaltungsdirektor ist zunächst für fünf Jahre zum Vorstand bestellt. Im Falle seiner Abwesenheit wird nach dem Beschluss des Verwaltungsrates jeweils Werner Müller die Verantwortung übernehmen. Er ist ebenfalls seit vielen

Jahren in der Sozialverwaltung tätig und ein Fachmann für die Ausführungsbestimmungen der Option sowie im neuen KCA verantwortlich für den Bereich Finanzen und Recht.

Den Vorsitz im Verwaltungsrat übernimmt Kraft Amtes der Landrat, Stellvertreter ist der Erste Kreisbeigeordnete Günter Frenz. Weitere Mitglieder im Verwaltungsrat sind die Kreisbeigeordneten Dr. André Kaval (SPD), Heinrich Pieh

(CDU) und Fritz Schübler (SPD). Aus dem Kreistag sind die Abgeordneten Uwe Häuser, Maja Weise, Monika Wolfmüller (alle CDU), Martina Glaab, Helmut Schwindt, Jutta Straub (alle SPD) sowie Andreas Müller (Linke) und Oliver Braun (FDP) dabei.

Laut Satzung kommt das Gremium im Jahr mindestens zu drei Sitzungen zusammen. Jeweils wenige Tage vorher versammelt sich an gleicher Stelle der Beirat für Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung. Hier übernimmt weiterhin Altlandrat Hans Rüger den Vorsitz.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzungen des Verwaltungsrates standen nicht nur wichtige Formalien, sondern auch der Beschluss über den Haushalt 2010. Demnach verfügt das Kommunale Center für Arbeit über ein Jahresbudget von rund 166 Millionen Euro. Rund 120 Millionen davon sind Erstattungen des Bundes für

das Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, anteilige Unterkunftskosten sowie für die berufliche Eingliederung und Verwaltungskosten.

„Rund 46 Millionen Euro trägt der Main-Kinzig-Kreis für kommunale Eingliederungsaufgaben, die anteiligen Unterkunftskosten sowie die Aufwendungen für Personal und Sachleistungen“, erläutert Pipa. Der bürokratische Aufwand für den genauen Einsatz der Finanzmittel sei erheblich. Doch wie die zusammengefasste Jahresrechnung für 2006 bis 2008 bestätige, habe der Kreis damit inzwischen Erfahrung. Denn für die geprüften Jahre gibt es rund 156 000 Euro vom Bund zurück.

Wie der Landrat betont, sei der Kreis mit der Verbindung von KCA und AQÄ sowie den zahlreichen privaten Partnern in der Betreuung der Langzeit arbeitslosen gut aufgestellt. Nun müsse die Politik in Berlin den Beschluss zur Entfristung der Option fassen und mit einer Gesetzesänderung die ursprünglichen Freiräume der kommunalen Verantwortungs träger wieder herstellen. „Im Sinne der Hilfeempfänger müssen wir bürokratische Hürden abbauen“, erneuert der Verwaltungsratsvorsitzende seine zentrale Forderung.

aus GNE v. 9.3.2010